



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistabelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Kollegen und Kolleginnen! Beteiligt Euch rege und opferwillig an den allgemeinen Sammlungen für die ausgesperrten Bauarbeiter!

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Entwicklung unseres Verbandes im Jahre 1909. — Die Papierfabrikation. — Feuilleton: England und englische Verhältnisse (XL). — Korrespondenzen (Cassel, Dresden, Hannover, Leipzig, Nürnberg-Fürth). — Rundschau. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeigen.

Beilage: Was die Herrenhaus-Zunter aus der Wahlrechtsvorlage gemacht haben. — 25 Jahre Buchbinderorganisation. — Der Umfang der Aussperrung im Baugewerbe.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

In Berücksichtigung, daß die „Allgemeinen Bestimmungen“ sowie unsere Lohnsätze mit dem Jahre 1911 ablaufen, hat der Verbandsvorstand im Einverständnis mit der Gauleiter-Konferenz beschlossen, den im Jahre 1911 fälligen Verbandstag bereits im Herbst dieses Jahres abzuhalten.

Demnach wird hiermit

der fünfte Verbandstag

zum

Montag, den 12. September 1910

und folgende Tage

nach

Bremen

einberufen.

Anträge der Zahlstellen müssen bis spätestens Montag, den 11. Juli d. Js. dem Verbandsvorstand eingelangt sein; später einlaufende Anträge finden keine Berücksichtigung.

Die Anzahl der auf Grund des § 29 Abs. 5 des Verbandsstatuts zu wählenden Delegierten wird bekanntgegeben, sobald das Ergebnis der Abrechnungen vom 1. Quartal vorliegt. Demnach eruchen wir diejenigen Zahlstellen, die das 1. Quartal noch nicht abgerechnet haben, dies unverzüglich nachzuholen.

Der Verbandsvorstand.

J. U.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Die Entwicklung unseres Verbandes im Jahre 1909.

Der kürzlich vom Verbandsvorstand herausgegebene Rechenschafts- und Kassenbericht für das Jahr 1909 legt erneut Zeugnis ab von den Fortschritten, die auf organisatorischem Gebiet unter der ungelerten Arbeiterschaft im Buch- und Steindruckgewerbe Deutschlands gemacht werden. Mit dem Erstarken der Organisation steigt naturgemäß auch deren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder und so kann an der Spitze des Berichtes mit Genugtuung konstatiert werden, daß das Bestreben nach Lohnverbesserungen durch Tarifabschlüsse manchen befriedigenden Erfolg zeitigte. In zwei Orten, Regensburg und Hanau kamen Tarifverträge auf friedlichem Wege zustande, während der Tarif in Halle a. S. erst nach vorübergehendem Streit abgeschlossen werden konnte. Den schärfsten Widerstand gegen die von unserer Kollegenschaft erstrebte Tarifeinführung leistete die Dresdener Prinzipalität, die sich erst nach fast zwanzigwöchigem Streit und nachdem alle berufenen Körperschaften die Notwendigkeit eines Tarifabschlusses betonten, zu Verhandlungen herbeiließ, die zurzeit noch schweben. Ohne Tarifabschluß, aber mit ganz nennenswerten Verbesserungen der Löhne und auch mit einer teilweisen Verkürzung der Arbeitszeit schlossen die Bewegungen in Stettin, Nürnberg und Danzig ab. Nur eine Streikbewegung in einer Königsberger Firma endete erfolglos.

Die Tarifpolitik, die unser Verband seit dem Jahre 1906 verfolgt, beschränkte sich jedoch nicht allein auf die Gewinnung neuen Terrains, sondern machte es auch der Verbandsleitung zur Pflicht, Angriffe auf errungene Positionen abzuwehren und entstehende Differenzen, die zeitweise eine bedenkliche Unsicherheit in Bezug auf Rechte und Pflichten aus dem Tarifverhältnis entstehen ließen, zu beseitigen. Im allgemeinen ist es auch gelungen, sowohl durch die selbstgeschaffene Institution, die sogenannte „permanente Kommission“ als auch durch das Tarifamt auftauchende, oft sehr tiefgreifende Unstimmigkeiten aus der Welt zu schaffen. Nichtsdestoweniger kam der Verbandsvorstand zu dem Ergebnis, daß „unsere Position in dem für uns noch neuen festen Tarifverhältnis, auch die für uns noch völlig ungeklärte Rechtsfrage im Tarifamt, ebenfalls der Verlauf der Sitzungen der permanenten Kommission, uns den Beweis erbracht hat, daß wir bei Ablauf der „Allgemeinen Bestimmungen“ und unserer örtlichen Lohnsätze im Dezember 1911 ganz andere Grundlagen für unsere Tarifrfrage schaffen müssen, damit die Unsicherheit endlich beseitigt

wird, die in verschiedenen, äußerst wichtigen Fällen zu erkennen war.“

Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich die Notwendigkeit einer früheren Einberufung des V. Verbandstages ergeben (siehe Mitteilungen des Verbandsvorstandes), der sich in der Hauptsache mit den Tarifrfragen beschäftigen muß und die Wege vorzeichnen soll, die bei der nächsten Tarifrevision gegangen werden müssen.

Der Bericht erwähnt des Weiteren die kraftvolle Abwehrbewegung gegen die Angriffe des Schutzverbandes der Steindruckereibesitzer, die mit einer glatten Niederlage der scharfmacherischen Bestrebungen endete, wofür der „Tapferkeit und Einmütigkeit unserer Münchener Kollegenschaft vollste Anerkennung“ ausgesprochen wird.

Haben uns die Krisenwirkungen des Jahres 1908 einen, wenn auch nicht allzugroßen Mitgliederzuwachs gebracht, so hat die eifrige Agitation, welche mit dem langsamen Aufstieg der Konjunktur mit verdoppelter Kraft einsetzte, nicht nur die Scharte wieder ausgeweitet, sondern den Mitgliederstand um das Doppelte des Verlustes erhöht. Die Mitgliederzunahme betrug 1201, so daß am Jahresabschluss 14 725 Mitglieder und zwar 6377 männliche und 8348 weibliche, gezählt werden konnten. Damit ist der bisher höchste Mitgliederstand vom Jahre 1907 überschritten. Will man die geleistete Agitationsarbeit richtig einschätzen, so muß man die Zahl der erfolgten Aufnahmen überhaupt betrachten, die 6067 beträgt, wogegen die Austritte sich auf 4866 belaufen.

Wie alljährlich, so ist auch diesmal der Kassenbericht übersichtlich und in allen Details sorgfältig bearbeitet. Daraus ist zu ersehen, daß auch in materieller Beziehung der Verband im Berichtsjahr schöne Fortschritte gemacht hat. Entspricht auch der erzielte Ueberschuß von 13 461,13 Mark nicht den Erwartungen, die der IV. Verbandstag nach der Einführung der jetzigen Beitrags- und Unterstützungsrichtungen erhofft hat, so sind doch die geleisteten Unterstützungssummen ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der Verbandskasse. Die Einnahmen betragen 235 380,22 Mk. gegen 191 010,05 Mk. im Jahre 1908; die Ausgaben beliefen sich auf 221 919,09 Mk. gegen 189 001,05 Mk. Der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1909 117 929,38 Mk. Die Einnahmen rekrutieren sich aus Eintrittsgeldern in Höhe von 1610,95 Mk., Beiträgen 223 738,80 Mk., und Sonstigen Einnahmen 10 030,47 Mk. Die Ausgaben setzen sich fast zur Hälfte aus Unterstützungen zusammen. An der Spitze steht natürlich die Arbeitslosenunterstützung mit einer Summe von 54 764,40 Mk. (1908: 40 635,95 Mk.), dann folgt die Krankenunterstützung mit 30 839,90 Mk. (1908: 24 396,55 Mk.). Die Streikunterstützung beanspruchte 15 263,79 Mk., die Gemahregeltenunterstützung 1847,10 Mk., die Extraunterstützungen

1719.—Mk. und die Wöchnerinnenunterstützung hat mit 4960.—Mk. den Voranschlag ganz bedeutend überschritten. Die weiteren Ausgaben von 94125,77 Mk. setzen sich zusammen aus: Kosten des Verbandsorgans 20 290,58 Mk., Agitationskosten 6671,03 Mk., Verwaltungsmaterial, Mieten usw. 9670,10 Mk., Gehälter und Remunerationen 39 292,22 Mk., Kassenbeiträge 3086,83 Mk., Vor- bzw. Zuschüsse 5971,28 Mk., Unterrichtskurse 552,10 Mk., Kongress- und Delegationskosten sowie Reisepesen 3415,15 Mk., Ausgaben bei Lohnbewegungen 1298,45 Mk., Beiträge an die Generalkommission 2220.—Mk. und Portis, Sitzungen und Kartellbeiträge für solche Zahlstellen, welche diese nicht aus eigenen Mitteln tragen konnten 1658,03 Mk.

Aus der Statistik sind folgende Zahlen hervorzuheben: Arbeitslosenunterstützung wurde an 2707 Mitglieder mit durchschnittlich 20,20 Mk. gegen 15,31 Mk. im Jahre 1908 bezahlt. Die Steigerung für den Einzelfall beträgt 31 Prozent. Die Krankenunterstützung wurde von 3528 Mitglieder in Anspruch genommen. Auf den einzelnen Krankheitsfall entfielen durchschnittlich 8,38 Mk. gegen 7,07 Mk. im Jahre 1908. Auch hier ist eine Steigerung von 18 Prozent eingetreten. Der Anteil des einzelnen Mitgliedes am Verbandsvermögen ist von 7,73 Mk. im Jahre 1908 auf 8.—Mk. im Berichtsjahre gestiegen.

Obige Zahlen geben nur einen kleinen Ueberblick über den Bericht. Das in demselben enthaltene umfangreiche Material ist wert, von allen Mitgliedern zum Gegenstand eingehenden Studiums gemacht zu werden. Die Umsomme von Arbeit, die Jahr für Jahr in den Arbeiterorganisationen geleistet wird, trägt einzig und allein dazu bei, das Lebensniveau der Arbeiterschaft auf eine höhere Stufe zu bringen und auch unser Verband hat bis heute nach dieser Richtung hin Hervorragendes geleistet. Das Jahr 1909 spiegelt sich in dem gegebenen Bericht mit all seinen Fortschritten ab, und wenn wir aus diesem Zeitabschnitt wieder die notwendigen Lehren ziehen, dann werden wir auch fernerhin in unserer Organisation ein mächtiges Schutz- und Trutzbündnis gegen Ausbeutung und Unterdrückung haben.

Die Papierfabrikation.

Zurichtung der Rohstoffe.

Wie überall in den modernen Industrien, so hat auch innerhalb der Papierfabrikation eine umfassende Arbeitsteilung stattgefunden. In der früheren Papiermühle wurden von ein und denselben Leuten alle Arbeiten, vom Lumpenfortieren bis zum Verpacken der fertigen Ware, ausgeführt. Ganz anders dagegen heute. Besondere Sortier-

und Reinigungsanstalten für Lumpen und Altpapier — zwei Rohstoffe, von denen ersterer bei Herstellung haltbarer Dokumenten- und feinsten Zigarettenpapiere, letzterer zur Fabrikation billiger Papiere in bedeutenden Mengen Verwendung finden — sind entstanden, werden nach kaufmännischen Grundregeln geleitet und beherrschen selbständig den Markt. Besondere Halbstoffwerke, Strohhstofffabriken, Holzschleifereien und Zellulosefabriken bearbeiten die zur Papierfabrikation notwendigen Urrohstoffe und bringen solche dann als Halbfabrikate auf den Markt; die heutigen Papierfabriken vollenden dann nur noch den in den wichtigsten chemischen und mechanischen Bestandteilen bereits vollzogenen Verwandlungsprozess. An dieser Lastfrage ändert nichts der Umstand, daß verschiedene größere Papierfabriken eigene Halbstoffwerke besitzen; die Gliederung innerhalb der Fabrikation ist nach den Gesetzen der modernen Technik dennoch vorhanden.

Als wichtigster Rohstoff kommt heute Holz, und zwar hauptsächlich Fichtenholz, in Frage. Wie jedoch schon erwähnt, spielt das ursprünglich einzig und allein verwendete Rohmaterial, die Lumpen, auch heute noch eine und nicht die untergeordnete Rolle innerhalb der Papierfabrikation. Neuerdings ist auch das in Massen vorhandene Altpapier und die in Papierwarenfabriken entstehenden Papierabfälle als brauchbares Rohmaterial ein wichtiger Handelsartikel geworden. Einige Strohhstofffabriken verarbeiten mittels chemischen Kochprozesses immerhin wesentliche Mengen von Stroh und liefern den Papierfabriken einen willkommenen Zusatzstoff zu besseren Schreibpapieren, wenn es sich um gebleichte Ware handelt, und einen wohlfeilen Rohstoff für billiges, wenig anspruchvolles Strohpapier, wenn das Halbfabrikat ungebleicht und ohne viel andere chemische Metamorphosen-Künsteleien die Strohhstofffabrik verläßt.

Damit dürften die zur Papierfabrikation verwendeten Rohstoffe vollständig genannt sein. Abgesehen natürlich von verschiedenen Versuchsstoffen, die sich aber als praktisch und vorteilhaft bis jetzt nicht bewährt haben. So hat man z. B. den in Moorländern massenhaft zu gewinnenden Torf der Papierfabrikation dienlich machen wollen. Die Versuche sind jedoch nicht befriedigend verlaufen. Die mit großen Kapitalkosten für diesen Zweck errichteten Spezialfabriken mußten nach kurzer Zeit den Betrieb wieder einstellen, da das erzeugte minderwertige Produkt in kein Verhältnis zu bringen war zu den Mähen und Herstellungskosten.

Eine in jeder Beziehung mehr als unangenehme Arbeit ist die notwendige Beschäfti-

gung mit den Lumpen. Hierzu finden besonders weibliche Arbeitskräfte Verwendung. Man muß sich wirklich wundern, daß es immer noch Menschen gibt, die sich den Kapitalisten zu solcher wirklich ekelhaften, gesundheitsschädlichen und dabei — schlecht gelohnten Arbeit zur Verfügung stellen. Verdient doch eine Hadernfortiererin nach den amtlichen Feststellungen der Berufsgenossenschaften durchschnittlich jährlich nur zirka 500 Mark!

Der heutige Stand der Wissenschaft und Technik ist derartig vorgeschritten, daß das Unangenehme dieser notwendigen Arbeit stark gemildert und jede gesundheitliche Gefahr durch entsprechende Schutzeinrichtungen ganz beseitigt werden könnte. Dazu will sich jedoch das kapitalistische Unternehmertum nicht verstehen, weil derartige Einrichtungen immerhin einige Geldkosten verursachen. So müssen denn die armen Arbeiterinnen — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — täglich ihr Leben aufs Spiel setzen.

Die nach ihrer Qualität, d. h. nach ihrem Faserwert als Ganzleinen, Halbseinen, Kattun, Wolle, Baumwolle usw. gut sortierten, von allen fremden Körperteilen als Knöpfen, Schnallen, Galen, Dösen usw. befreiten und gut entkauten Lumpen werden mittels Spezialmaschinen zerkleinert, durch Chlor und andere chemische Präparate gebleicht, um schließlich in großen, kugelförmigen oder zylinderförmigen rotierenden Kochern einem stundenlangen Kochprozess unterworfen zu werden. Dieser mittels Dampfzuführung und Einwirkung von Laugen unter hohem Druck bewirkte Kochprozess vollzieht die Aufschließung der Stoffaser, wie solche zur Erzeugung der Dämmen, und doch in sich fest geschlossen, d. h. löcher- und lüdenlosen, Papierbahn nötig ist.

Alle vorstehend kurz geschilderten Arbeiten erfordern große Sachkenntnis, die sich die Arbeiter nur auf empirischem (auf Erfahrung gestütztem) Wege aneignen können. Ein Fehlgriff, eine kleine Unaufmerksamkeit kann den Erfolg des gesamten Fabrikationsprozesses in Frage stellen. Schon ein erfolgreiches Sortieren der Hadern setzt gründliche diesbezügliche Erfahrungen voraus. Dabei sind sämtliche Arbeiten in Lumpen- und Halbstoffwerken sehr gesundheitsschädlich, gefährlich und körperlich anstrengend. Die Staubentwicklung bei Bearbeitung der Lumpen erzeugt langwierige Erkrankungen der Atmungsorgane. Die Arbeit an den Chloralkalmühlen ist derjenigen in chemischen Gießhöfen gleichzustellen. Die Temperatur im Kochsaal ist für an solche Verhältnisse nicht gewöhnte Personen ständig unerträglich. Hierzu tritt eine außerordentlich lange Arbeitszeit. Zwölftündiger Schichtwechsel bildet die Regel und Ueberstunden sind obenrein keine Aus-

England und englische Verhältnisse.

Reise-Blaubereien von Ad. Th.

XI.

Wo Robert Owen wirkte.

„Mein Ziel ist einzig, die Menschheit dem Glück näher zu bringen.“ Der das sagte, war Robert Owen, einer der sympathischsten Menschenfreunde, den der Wahrheitsdrang und sein Bestreben, die Menschen glücklich zu machen, später zum Sozialismus führte. Owen kam schon im jugendlichen Alter aus Newtown in Wales, wo er 1771 geboren worden war, nach Lanark, ein Bahnhöfchen südlich von Glasgow am Clyde gelegen. Hier unterstanden ihm die großen Spinnereien, die sich im engen, tiefen Tale des Clyde hinziehen. Owen empfand innigstes Erbarmen mit der Verkommenheit der Arbeiter; aber er war weit davon entfernt, sie für ihr sittliches und materielles Elend verantwortlich zu machen. Er hatte bereits erkannt, daß der Mensch das notwendige Produkt aus seiner Naturanlage, seiner Erziehung und der ihm umgebenden, ihn beeinflussenden Verhältnisse sei. Deshalb änderte er diese Verhältnisse, und er änderte damit in überraschend kurzer Zeit die Menschen. Die Fabriken beschäftigten weit über zweitausend Arbeiter. Bei 16 bis 18 Stunden täglicher Arbeitszeit war die Entlohnung mife-

rabel. Die Ueberanstrengung führte zur Trunksucht. Der Lohn reichte nicht aus zur Bezahlung des Whisky; so gerieten die Arbeiter immer tiefer in die Kreide beim Krämer, und ihre Robheit hielt der Unwissenheit die Wage; der Nachwuchs war krank und schwach; die Frauen verloren die Fähigkeit, gesunde Kinder zu gebären, wie die Männer die Kraft verloren hatten, gesunde Kinder zu zeugen.

Owen führte den zehntündigen Arbeitstag ein, verdoppelte den Lohn, ließ den Kindern Unterricht und freundliche Erziehung zuteil werden, lenkte die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf Spiele und Bewegung im Freien, entfachte ihr Bildungsbedürfnis, machte sie durch eine von ihnen selbst geleitete Konsumgenossenschaft unabhängig von den Krämern und hatte die Freude, schon nach wenigen Jahren einen völligen Wandel der Menschen herbeigeführt zu sehen. Der Ruhm über Owens Wirken verbreitete sich bald über ganz Europa. Gerade hundert Jahre ist das her. Owen hatte 1800 die Leitung der Fabriken übernommen und behielt sie bis 1829. Sein Nachdenken und sein praktisches Wirken machten ihn zum Sozialisten. Er wollte den persönlichen Unternehmergewinn völlig ausschalten durch Erziehung von Arbeitsbasaren und durch Magazine zum Austausch der verschiedenen Arten von Arbeitszeugnissen. Dazu sollte ein besonderes Arbeits-Papiergeld dienen, dessen Einheit Owen im Lohne für eine Arbeitsstunde erblickte. Der

redliche, selbstlose Mann opferte diesen Versuchen, den Sozialismus im Kleinen durchzuführen, sein Vermögen. Er mußte damit Schiffbruch leiden wie alle seine Nachfolger. Dazu kam, daß der eine Zeitlang so Geseierte der Gegenstand pöbelhaftester Angriffe und schändlichster Verleumdungen wurde, als das Kapital erkannte, daß Owens Ziel auf Beseitigung der kapitalistischen Produktion hinauslief.

Owen hatte den Kirchenglauben, daß persönliche Eigentum und die Unlöslichkeit der Ehe als „Dreieinigkeit des Bösen“ bezeichnet. Das gab den Angriffspunkt. Die kapitalistische Presse lief über ihn her, daß er bald als ein von allen Unständigen geachteter Verbrecher dastand. Die wackeren Beschützer von Thron, Altar und Geldsack haben also schon damals ihr Handwerk gar gut verstanden. Owen mußte die Fabriken aufgeben, ging mit dem kleinen Reste seines Vermögens nach Amerika, setzte hier bei weiteren sozialistischen Versuchen den letzten Teil seines Geldes zu und starb 1858 zwar in Armut, aber im festen Vertrauen, daß die Sache der Arbeit siegen werde. Sein Grab befindet sich in seiner Geburtsstadt Newtown am Ufer des einst grünen Severt, dessen Wasser jedoch wie das aller andern Flüsse in den englischen Industriegebieten durch allerlei Abwässer verschmutzt und verjauchert ist, so daß der einstige Fischreichtum verschwinden mußte. New Lanark, der einstige Schauplatz von Owens Wirken, weist nicht allzuvielle Erinnerungen

nahmen; alle 14 Tage ist eine vierundzwanzigstündige Doppelschicht zu absolvieren und da der Betrieb ständig ununterbrochen Tag und Nacht aufrecht erhalten wird, so tut die Nacharbeit noch das ihre, um die bedauernswerten Menschen vollends zu wandelnden Ruinen zu machen. Abgemagert und höhlwauig gehen sie einher, ein Bild traurigen Elends. Wahrlich, es wird höchste Zeit, daß der Organisationsgedanke auch bis in die entlegenen Täler dieser Fabriken verpflanzt wird, um dann den Befreiungskampf auch hier beginnen zu können.

Technisch einfach ist die Gewinnung des Holzschliffes. Das gut entriehete Holz wird in mäßig zerkleinerten Stücken dem Schleifapparat zugeführt und hier unter reichlichem Wasserzusatz die Holzfasern durch Abschleifen gelöst. Das gewonnene Produkt ist aber auch minderwertig und kann nur zu billigem Zeitungsbund und an Festigkeit wenig Ansprüche erhebendes Packpapier Verwendung finden. Besseren Papieren kann nur ein geringer Prozentsatz Holzschliff zugeteilt werden, bei feineren Papieren muß dieser Zusatz ganz unterbleiben.

Technisch komplizierter und mehr auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhend ist dagegen die Verarbeitung des Holzes zu Holz-Zellulose.

Im Gegensatz zur Holzschliff-Fabrikation, der sich viele kleinere Leute mit wenig Kapital zuwenden konnten, frühere kleine Wassermüller, welche unter Ausnutzung der vorhandenen Wasserkraft mit wenig Personal für die Papierfabriken arbeiten, können sich der Zellulose-Industrie nur große Kapitalisten bemächtigen. Aktiengesellschaften mit vielen Millionen Kapital sind hier die Norm. Dementsprechend ist auch der Gewinn. Ueber 20 Prozent Dividende sind keine Seltenheit, sondern Regel. Diese Industrie ist Großindustrie im allermodernsten Sinne. Hier hat auch der Organisationsgedanke bei den Arbeitern bereits guten Eingang gefunden, weil diese Industrie schon infolge ihrer Lage an großen Flüssen in Verkehrszentren weniger abgeschlossen ist, dann aber auch ihre Arbeiter aus anderen mit organisierten Arbeitern durchsetzten Industrien herüberziehen mußte.

Die Großzügigkeit der Unternehmungen gab keine andere Möglichkeit. Die Folge dieser aufklärerischen Organisationsarbeit tritt ganz deutlich in der Laifache hervor, daß durchgehends in Zellulosefabriken verhältnismäßig höhere Löhne gezahlt werden als wie in den anderen Fabriken der Papiererzeugung. Dessenungeachtet findet jedoch auch hier noch die gewerkschaftliche Organisation ein arbeitsvolles Feld für fruchtbare Tätigkeit.

an Diven auf. Die Spinnereien bestehen noch; sie sind im Besitze einer Aktiengesellschaft. Die Wohnhäuser der Arbeiter sind sauber gehalten, machen jedoch keinen besonders freundlichen Eindruck. Die Löhne sind die üblichen, für Männer im Durchschnitt wöchentlich 20 bis 25 Schilling, für Frauen und Mädchen 14 bis 18 Schilling. Ich habe bei dem kurzen Besuche des Ortes nicht den Eindruck gewonnen, daß der sozialistische Gedanke bei den Arbeitern tiefer eingedrungen sei als anderwärts. Gewerkschaftlich organisiert sind sie ja fast sämtlich. Aber die Trade Unions (tredeunionns) sind in der Tat, was ihr Name besagt, nur Handwerksvereine, die lange Zeit, zum Teil jetzt noch, nur für ihre speziellen Berufsinteressen arbeiten und nicht selten an zunehmender Verzopftheit leiden. Erst neuerdings gewahrt sich der Blick, und die Erkenntnis greift um sich, daß der Arbeiter sich auch politisch betätigen muß, und zwar als Partei für sich, wenn es vorwärts gehen soll.

Wenige Kilometer hinter New Lanark liegen die hochromantischen Clyde-Fälle. In vollen Massen stürzt das Wasser des wildschäumenden Sohnes der Berge über die Felswände und hat sich eine tiefe Schlucht ausgewaschen, durch die er sich gurgelnd zwängt. Bis jetzt sind die Clyde-Fälle noch nicht verhandelt wie die des Foyers. Aber wer weiß, wie lange das prächtige Landschaftsbild noch unberührt bleibt.

Ueber die technischen und wissenschaftlichen Grundzüge der Zellulosefabrikation sollen die Leser der „Solidarität“ in einem späteren speziellen Artikel unterrichtet werden.

Gustav Hippel.

Korrespondenzen.

Cassel. Die am 22. April stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der augenblicklichen Situation der Zahlstelle und des Ortsvorstandes. Kollegin Thiede schilderte das Ergebnis der Vorstandssitzung, die sich am 21. April ebenfalls mit diesem Punkt beschäftigt hatte. Die geringe Beteiligung der Mitglieder an den Versammlungen und an der gemeinamen Arbeit, aber auch die Beschwerde des Vorstehenden über erschwerte Arbeit durch mangelndes Vertrauen im Vorstande waren Veranlassung, daß der Vorstandsvorstand und der Gauleiter sich näher mit den Casseler Verhältnissen beschäftigten. Nach eingehender Schilderung des Verdeganges der Zahlstelle Cassel und ihrer Erfolge empfahl Kollegin Thiede, der gutbesuchten Versammlung die Frage vorzulegen, ob die heutige Versammlung die Neuwahl eines Vorstehenden vornehmen will. Die Ablehnung einer Neuwahl würde als Vertrauensvotum gelten. In der anschließenden lebhaften Diskussion, in der Kollege Knop sich eingehend verteidigt und an der außer Kollegen Raab-Frankfurt noch verschiedene Mitglieder sich beteiligten, wird obiger Vorschlag zum Antrag erhoben und einstimmig angenommen. In geheimer Abstimmung wird gegen 1 Stimme beschlossen, eine Neuwahl vorzunehmen. Einstimmig wird (ebenfalls in geheimer Abstimmung) Kollege Meier zum Vorsitzenden gewählt. Als Schriftführer wird Kollege Finis gewählt und zu Revisoren Kollege Eckardt und Kollegin Loß. Hierauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung, an welche sich ein gemüthliches Beisammensein angeschlossen.

Dresden. Die am 4. Mai in den Reichshallen stattgefundene Versammlung ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der verstorbenen Kollegin Clara Höhne in üblicher Weise. Naturbeiliebiger Wolf hielt einen Vortrag über das Thema: „Warum giebt es so viele taube Frauen?“ Der Redner erntete für seine trefflichen lehrreichen Ausführungen, welche besonders von den Kolleginnen mit großem Interesse verfolgt wurden, reichen Beifall. Hierauf gab Kollege P. Herrmann für den abwesenden Kassierer den Quartalsbericht. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des 1. Quartals 900 und zwar 310 männliche und 590 weibliche. Mitgliedererwerbungen erfolgten 90. Die Gesamteinnahmen betrugen 13 030,37 M. inkl. 8750,— M. von der Hauptkasse. Ausgegeben wurden an Arbeitslosenunterstützung 753,30 M., an Krankenunterstützung 356,30 M., an Streikunterstützung 7459,76 M., an Gemäßregelunterstützung 1147,25 M., an Wöchnerinnenunterstützung 80,— M. Die Agitationskosten beliefen sich auf 55,60 M. An die Hauptkasse wurden gesandt 911,01 M. Ferner verursachte die Einrichtung des Kartenthyems eine Ausgabe von 110,80 M. Kollege Weimar als Revisor teilte mit, daß Bücher und Kasse richtig und in Ordnung befunden wurden und beantragte Entlastung des Kassierers, was einstimmig erfolgte. Eingehend auf den gegenwärtigen Stand unserer Tarifbewegung schilderte der Vorsitzende die Umstände und Schwierigkeiten, mit denen wir bisher zu kämpfen hatten und wie von Seiten der Unternehmer, nachdem bereits zweimal verhandelt wurde, immer noch versucht wird, die ganze Sache unnötig in die Länge zu ziehen. Die Anzahl der Streikenden ist bis auf 12 Personen herabgesunken, und es sieht zu erwarten, daß auch diese bald untergebracht werden können. Betr. der erstmaligen Abhaltung einer Gaukonferenz, wofür Datum und Ort noch nicht definitiv festgestellt sind, sollen, wenn Dresden dazu bestimmt wird, drei Delegierte gewählt werden. Findet dieselbe außerhalb statt, so sollen der Kosten wegen nur zwei Personen delegiert werden. Hierzu sprachen in der Debatte die Kollegen Meinte und Barthel. Ersterer wünscht vor allem eine zahlreichere Delegation und betont, daß das Geld bei der Wichtigkeit der Sache keine Rolle hierbei spielen sollte. Nach kurzer Erwiderung durch den Vorstehenden wurde dem Verwaltungsbeschluss von der Versammlung allgemein zugestimmt. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde bekanntgegeben, daß das Bureau von jetzt ab Sonntags abends um 7 Uhr und am Pfingstsonnabend bereits um drei Uhr geschlossen werden soll. Ferner werden die Haus- und Druckerdeklarationen dringend

ersucht, umgehend die noch ausstehenden Streifen abzurechnen. Infolge Beschlusses des Gewerkschaftskongresses und der Partei sollen allerorts Sammlungen für die ausgepörrten Bauarbeiter vorgenommen werden. Die Sammellisten können im Bureau in Empfang genommen werden.

Hannover. Mitglieder - Versammlung am 26. April. Nach Annahme des Protokolls erfolgte die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben hatten eine Summe von 1989,25 Mark. Demgegenüber bleibt ein Lokalkassenbestand von 1341,27 M. Die Mitgliederzahl stieg wieder um 15, sodaß wir jetzt 476 Mitglieder zu verzeichnen haben. Kollege Hecht als Revisor bestätigt, daß alles in bester Ordnung befunden worden ist und bittet, dem Kassierer Decharge zu erteilen, welches denn auch wie üblich geschieht. Im zweiten Punkt „Stellungnahme zur Bildung eines graphischen Kartells resp. Wahl von Delegierten hierzu“ machte Kollege Spatuhl längere Ausführungen über die Entstehung und den Zweck des graphischen Kartells. Der Buchbinderverband habe dazu die Anregung gegeben und sämtliche Vorstände der graphischen Gewerbe zu einer Sitzung eingeladen. Die Aussprache brachte die Gründung des graphischen Kartells zuwege. Die Satzungen, die in dieser kombinierten Sitzung bis auf einige Änderungen angenommen wurden, sind auch in der Versammlung bekannt gegeben und sämtlich gebilligt. Darauf wurde zur Wahl von Delegierten hierzu geschritten. Als solche wurden gewählt die Kollegen Eisner, Spatuhl und Klumhoff. Im 3. Punkt „Antrag des Vorstandes betreffs Abhaltung eines Gausanges“ referierte Kollege Spatuhl in ausführlicher Weise über den Zweck und Nutzen desselben, um aber die Kosten zu decken, machte er den Vorschlag, von jedem Mitgliede 10 Pf. zu erheben und ersuchte die Versammlung, sich hierüber zu äußern. Verschiedene Kollegen sprachen sich aber sehr ablehnend dazu aus, auch darüber, daß der Sonntag vor dem Verbandstage abgehalten werden soll. Die Versammlung beschloß darauf, erst den Verbandstag abzuwarten. Der Antrag war somit abgelehnt. Unter Verschiedenem kamen nochmals die Verhandlungen mit dem Prinzipalverein zur Sprache, welche ausführlich erörtert wurden. Es wird dann dem Vorstande der Vorwurf gemacht, daß die Verhandlungen zwecks Anerkennung des Arbeitsnachweises erst jetzt geführt worden sind, während derselbe doch schon am 1. Januar in Kraft treten sollte. Kollege Spatuhl widerlegt dieses und führt an, daß er nichts unversucht gelassen habe. Der Arbeitsnachweis werde ja jetzt schon von den meisten Prinzipalen benutzt, leider seien es nur immer weibliche Kräfte gewesen, die verlangt wurden. Es entspann sich darauf noch eine kleine Debatte über eine Liste der Arbeitslosen, die den Prinzipalen immer vorgelegt werden soll. Kollege Klumhoff verwirft dies und meint, daß dies die sogenannte schwarze Liste wäre, die Namen der Arbeitslosen büßten darin nicht angeführt werden. Der Vorsitzende erwiderte darauf, daß das wohl ein Mißverständnis des Kollegen wäre, dieses wäre auch nicht beabsichtigt und zerstreute diesbezügliche Bedenken.

Leipzig. Nachdem schon am 16. Februar eine Schleiferversammlung zu der großen Arbeitslosigkeit im Verufe Stellung genommen hatte, in der Kollege Schulze an der Hand von drastischen Beispielen nachwies, daß man zu der Ansicht gelangen muß, es handele sich um eine systematische Aussperrung der Steinschleifer, vor allen Dingen durch die Schutzverbandstimen, besahe sich auch die Schleiferversammlung am 29. April mit diesem leidigen Thema. Kollege H. als Referent wies auf die große Arbeitslosigkeit im Verufe hin, von der 20 Prozent der Mitglieder betroffen würden. Die Schuld daran trage in erster Linie die Ignorierung des paritätischen Arbeitsnachweises seitens der Prinzipale. Von den verschiedensten Firmen, darunter Eschbach u. Schäfer, Bintan, G. Gäbler, Merker u. Rittschich usw. seien Schleifer unter Umgehung des Arbeitsnachweises eingestellt worden. Die Arbeitslosigkeit in anderen Verufen wird von diesen Unternehmern dazu mißbraucht, sich willige und billige Leute einzufüllen. Aus diesem Grunde müßte auch das Innere neuer Leute durch die Kollegen auf das schärfste beurteilt werden. In der Firma Merker u. Rittschich müßten zwei Kollegen aus Dank dafür, daß sie neuen Leuten die „Kunstabgriffe“ des Schleiferberufes beigebracht hätten, ihr Bündel schnüren. Ferner wurde die Handlungsweise der Firma Precher einer Kritik unterzogen. Die dort beschäftigten Kollegen forderten tarifliche Entlohnung. Die Antwort war die Kündigung des

Vertrauensmannes. Im ferneren ersuchte Redner die Kollegen, die immer noch unter Tariflohn arbeiten, dies der Verwaltung mitzuteilen, damit in dieser Sache Schritte unternommen werden können. In der Diskussion verurteilten sämtliche Redner das Anlernen neuer Leute. Kollege Schulze wies auf das Verhalten der Kollegen in der Firma Eschbach u. Schäfer hin, die durch Leistung von Ueberstunden im Betrage von je 300 bis 400 Mk. jährlich einen vierten Mann ersetzen. Auch er verurteilt das Anlernen neuer Leute auf das entschiedenste, denn dies muß logischerweise eine immer größere Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Er unterbreitet der Versammlung einen beim Tarifschiedsgericht einzureichenden Antrag, der da lautet: „Solange mehr als drei Schleifer arbeitslos sind, ist das Anlernen neuer Leute zu unterlassen.“ Der Antrag findet einstimmige Annahme. Kollege Schulze wünscht, daß die Steinschleifer infolge Ueberfüllung des Berufes auch andere tariflich bezahlte Stellen annehmen. Diesem Verlangen wird nicht widersprochen, nur zur Nacharbeit konnten sich einige Kollegen nicht verstehen. Nach Wahl einer aus sieben Kollegen bestehenden Kommission fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende. In der nächsten Schleiferversammlung soll eine technische Aussprache über die Haffsa-Hansa- und Zinischleifmaschine auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Nürnberg-Fürth. Das 1. Quartal 1910, das wohl als das arbeits- und erfolgreichste seit Bestehen unserer Zahlstelle bezeichnet werden kann, ist vorüber und so gab uns die Mitgliederversammlung vom 25. April, in welcher der Kassens- und Geschäftsbericht vom 1. Vierteljahr gegeben wurde, Gelegenheit, unsere Reichen zu mustern, in dessen wir rüstig vorwärts schreiten. Im Vordergrund des Interesses stand der Kampf gegen die Arbeitsordnung, bei dem sich unsere Kollegenschaft als zuverlässiger Mitstreiter erwiesen hat. Diese Bewegung hat bewiesen, daß das Unternehmertum mit dem Hilfspersonal als Machtfaktor zu rechnen hat, und auch für die gelehrte Arbeiterschaft ist unsere Mithilfe von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Agitation wurde auch noch nach Zurückziehung der Arbeitsordnung kräftig weiter geführt, galt es doch, die neuen Mitglieder der Organisation zu erhalten, was bekanntlich schwieriger als die Gewinnung ist. Wenn auch ein Teil dieses Zuwachses sich als Flugland erwies, auf den nicht zu bauen ist, so ist damit bei jeder Bewegung zu rechnen, die, soweit unser Verband in Betracht kommt, sich immer auf Arbeiterinnen stützen muß. Dennoch konnten wir das erste Vierteljahr mit einem Mitgliederstand von 169 männlichen und 632 weiblichen, insgesamt 801 Personen abschließen. An Eintrittsgeldern wurden 82,70 Mk. und an Beiträgen für die Verbandskasse 2548,70 Mk. vereinnahmt. Für Arbeitslohn, Wäscherinnen- und Krankenunterstützung gelangten insgesamt 810,35 Mk. zur Auszahlung. Sind wir auch wohl alle der Meinung, daß die Unterstützungsfrage bei einer Gewerkschaft erst in zweiter Linie kommt, so verkennen wir damit durchaus nicht, welch großes Agitations- und Bindemittel, hauptsächlich bei den Arbeiterinnen, uns damit gegeben ist. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 931,82 Mk. und eine Ausgabe von 613,32 Mk., verbleibt ein Bestand von 746,72 Mk. Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften ist infolge des flotten Geschäftsganges in Buch- und Steinrudereien eine sehr starke, so daß der Bedarf das Angebot weit übersteigert. Es sollten deshalb die Kolleginnen ihre Arbeitskraft höher einschätzen und schon bei der Einstellung auf höheren Lohn dringen und sich nicht auf später in Aussicht gestellte Zulagen vertrusten lassen. Wie weit verbreitet die Frauenarbeit in Nürnberg ist, zeigt der Bericht der vereinigten Gewerkschaften, wonach in der Nürnberger Industrie allein 25 000 Arbeiterinnen beschäftigt werden, von denen 6000 gewerkschaftlich organisiert sind. Die Lohnbewegung bei Schneller u. Co. ist in einer für das Hilfspersonal zufriedenstellenden Weise erledigt. Die Firma lehnte zwar eine tarifliche Abmachung ab, doch erfolgten an die Schleifer Zulagen von 2,50 Mk. und 1 Mk. Sehr gut schnitten die Kolleginnen ab, denen 1,50 Mk. und 1 Mk. gewährt wurden. Nur diejenigen unter ihnen, die erst zugelegt erhielten oder bereits schon höheren Lohn bezogen, mußten sich mit einer halben Mark begnügen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß vor knapp einem Jahre auch infolge einer Lohnbewegung eine allgemeine Aufbesserung erfolgte. Bei der Firma Appel u. Seizenhofen gelang es am Tage vor Ablauf der

Kündigung durch Verhandlungen der Kollegen Schmid-München und Redling mit dem Firmeninhaber, wesentliche Zugeständnisse zu erreichen. Die Anlegerinnen und Fangerinnen an großen Maschinen erhielten je 1 Mk. Zulage, ebenso die Schleifer. Die Bewegung bei Ding-Fürth wurde durch die schon gezeichneten Einflüsse der Betriebskommissare resp. Kommission auf ein totes Gleis gehoben, so daß der Erfolg ein ganz minimaler war. Hoffentlich merken die Kolleginnen in Zukunft mehr auf ihre Mitstreiter als auf die Mitarbeiter. Sogar mit einer Kontraktbrüchigkeit wurde gedroht, als man keine Ueberstunden machte. Das ist doch die neueste Auslegung der Gewerbeordnung. Zum Schluß der Versammlung wurde noch auf die Bauarbeiterausperrung hingewiesen und zur eifrigen Sammlung aufgefordert.

Rundschau.

Aus Magdeburg. Der Ausstand des Hilfs-personals der Faberischen Buchdruckerei in Magdeburg ist nach einwöchiger Dauer beendet. Das Personal, welches gegen den Willen der Verbandsleitung und trotz energischer Widerspruchs des Gauleiters die Wiedereinstellung einiger gemagregelter Kollegen durch Arbeitsniederlegung erzwingen wollte, wurde vom Tarifamt als tarifbrüchig verurteilt, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen. So bedauerlich das tarifwidrige Vorgehen der Faberischen Kollegenschaft ist, so müssen wir doch die Schuld an dem Vorgang überhaupt der tariflichen Unklarheit, die in Magdeburg herrscht, in erster Linie zuschreiben. Bis jetzt wurde dem Verlangen der Hilfsarbeiter-schaft nach der Schaffung eines eigenen Tarifschiedsgerichtes von der Prinzipalität nicht Rechnung getragen und das bestehende Buchdrucker-schiedsgericht machte die Annahme von Hilfs-arbeiter-Streitigkeiten von der vorherigen Depo-nierung eines nicht unerheblichen Geldbetrages als Kostenbedingung durch die Kläger abhängig. Wir behaupten nun, daß es gewiß nicht zu dem Tarifbruch gekommen wäre, wenn das Hilfs-personal den guten Willen der Prinzipalität gesehen hätte, daß entstehende Streitigkeiten durch die tariflichen Instanzen geschlichtet werden können. Hoffentlich wird dieser Vorgang beiden Parteien eine Lehre sein. Ueber die Wapregelung selbst wird das Tarifamt in den nächsten Tagen entscheiden und wir zweifeln gar nicht daran, daß hierbei das vom Personal als organisations-feindlich empfundene rigorose Vorgehen der Firma eine einschneidende Verurteilung finden wird.

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich, wie die „Gr. Pr.“ mitteilt, am 19. April in einer Steinruderei in Coblenz-Lübel. Ein 14-jähriger Hilfsarbeiter geriet beim Putzen einer Stein-druck-schnellpresse mit dem Kopf in das Getriebe der Maschine. Der Kopf des Unglücklichen wurde fast ganz zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ohne den Hergang näher zu kennen, muß man doch die Frage aufwerfen, ob es nicht überhaupt an strafliche Unverantwortlichkeit des Unternehmers grenzt, wenn 14-jährige Kinder zu Sanierungen an gefährlichen Maschinen bestimmt werden. — Aber ältere, erfahrene Arbeiter sind teurer und das verträgt der heilige Profit nicht.

Eine epochemachende Erfindung. Alle Fach-schriftsteller durchläuft seit kurzem eine Notiz von einer Erfindung, die geeignet erscheint, auf dem Gebiete der Illustrationstechnik gewaltige Um-wälzungen herbeizurufen. Die Erfindung ist bereits praktisch erprobt und hat besonders im Druck illustrierter Zeitungen gute Erfolge ge-zeitigt. Sie benennt sich „Notationsstiefdruck“ oder „Zeitungsstufdruck“. Erfinder ist Dr. Mertens in Freiburg i. Br. Der Druck der Bilder geschieht selbstständig durch einen höchst einfachen Apparat, welcher an jede Notationsmaschine angehängt werden kann. Die Papierbahn passiert somit zuerst diesen Apparat und durchläuft dann mit den vorgezeichneten Bildern den bisher bestehenden und bekannten Produktionsgang zur Aufnahme des Textes. Dieser Bilderdrukapparat soll nach seiner Beschreibung aus nur zwei Walzen, bei doppelseitigem Bedrucken aus vier Walzen in Verbindung mit einer fogenannten Radelvorrichtung bestehen. Die Bildträgerwalze wird zu-ber mit einer lichtempfindlichen Gelatineschicht überzogen, durch einen positiven Bildfilm kopiert, entwickelt und tiefgeätzt, genau so wie die Re-produktion der jetzigen Autothypen, aber nicht erhöht, sondern vertieft. Ein sinnerreiches Ein-färbsungswerk schmiedet sozusagen die Bildwalze mit Farbe tüchtig ein. Die überflüssige Farbe

wird dann von einem dem Druckprozeß voraus-eilenden scharf anliegenden Messer abgestrichen und dem Farberwerk zurückgegeben. Eine weiche Gegendruckwalze brüht das zu bedruckende Papier in die Bildvertiefungen hinein und das Bild ist ohne jegliche Zurichtung fertig gedruckt. Daß der Apparat ebenso schnell arbeitet wie die Notations-maschine, braucht wohl nicht besonders hervor-gehoben zu werden. Durch dieses Verfahren ist es möglich, das gewöhnlichste Zeitungspapier mit klaren und deutlich erkennbaren Bildern fattedeckt zu bedrucken. Die bereits zirkulierenden Zeitungen lassen sogar eine wunderbare Weichheit und Ge-schlossenheit erkennen, wie sie nur dem Kupferdruck eigen ist. Sollte sich diese Erfindung in der Praxis quantitativ und qualitativ gut bewähren, ist zu erwarten, daß schließlich auch die Schnell-presse damit in Verbindung gebracht wird. In erster Linie wird darunter die Kunstdruckpapier- und Mischfabrikation leiden, desgleichen die mit so viel Mühe, Zeit und Geld verbundene Fabri-kation der Mattpapiere und Mattfarben. Nicht minder die Fabrikation aller besseren Illustrations-farben. Inwiefern eine Reduzierung von Arbeitskräften aller einschlägigen Gewerbe-betriebe, sowohl gelehrte als ungelehrte, folgen wird, ist noch nicht mit Bestimmtheit vorauszu-sehen. Auf jeden Fall kann aber dieses Ver-fahren zu der immer mehr um sich greifenden fabrikmäßigen Herstellung von Druckarbeiten ge-rechnet werden. Sollte diese Erfindung wirklich das halten, was man sich in Fachkreisen von ihr verspricht, wäre allerdings ein neues großartiges und dabei billiges kulturelles Bildungsmittel für die breiten Volksschichten geschaffen. Daß dabei aber wie immer das Kapital auf Kosten der be-teiligten Berufsproleten am meisten profitiert, ist, nur beifällig bemerkt, eine Erscheinung unserer grundverfälschten wirtschaftlichen Abhängigkeits-verhältnisse. op.

Adressenveränderungen.

Erfurt. Kassierer: Richard Kirger, Poststr. 17 III.
Blauen i. B. Vorsitzender: Walter Deser, Reichstr. 51 I.
Wiesbaden. Vorsitzender: Arno Zimmermann, Mainz, Hochstr. 10-12.
Kassierer: Josef Görz, Wiesbaden, Wal-ramstr. 1 III.

Abrechnungen

gingen in dieser Woche aus folgenden Zahl-stellen ein:
Danzig 56,05, Dresden 911,01, Düsseldorf 26,46, Frankfurt 52,20, Genua 49,15, Heilbronn 70,01, Köln 555,05, Blauen 36,80 Mk.

Anzeigen

Zahlstelle Leipzig.
Sonabend, den 28. Mai 1910
abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im „Pantheon“, Dresdnerstraße 20.

- Tagesordnung:
1. Vierteljährlicher Bericht der Verwaltung.
2. Sommerfest. Wahl des Komitees.
3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Am 23. April verstarb nach langem Kranken-lager unsere Kollegin

Elisa Schindler

(aus der Firma Meißner & Buch).

Ein bleibendes Andenken bewahrt ihr
die Mitglieder-Versammlung Leipzig.

Unterszeichnete Verwaltung ersucht um die Adresse des Adressiers

Rudolf Günther

geboren am 22. 11. 1887 in Dresden, eingetreten am 6. 2. 1909 in Dresden.

Die Verwaltung der Zahlstelle Leipzig.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 20.

Berlin, den 14. Mai 1910.

16. Jahrgang.

Was die Herrenhaus-Junker aus der Wahlrechtsvorlage gemacht haben.

Am 29. April hat das preussische Herrenhaus seine Beratungen über die Wahlrechtsvorlage beendet. Seine Beschlüsse sind so reaktionär, daß selbst der schwarze Blochbruder der konservativen Junker des Abgeordnetenhauses sich dafür bedanken muß, ihnen zuzustimmen. Es ist der Überwitz einer Höflingssliqua der in ihnen zum Ausdruck gelangt. Indeß wird durch diese Beschlüsse das Zustandekommen des Wahlrechtsgesetzes überhaupt in Frage gestellt, so daß man dem Herrenhaus zu seiner Totengräberarbeit beinahe gratulieren darf. Da seine Beschlüsse von denen des Abgeordnetenhauses abweichen, so geht die Vorlage nach einer binnen drei Wochen im Herrenhause wiederholten Abstimmung an das Abgeordnetenhaus zurück, das zu dem Wahlrechtserzeugnis von neuem Stellung nehmen muß. Stimmt es den Herrenhausbeschlüssen zu, was indes kaum zu erwarten ist, dann kann das Gesetz bis Ende Juni erledigt sein, ebenso, wenn es die ganze Vorlage ablehnt. Beschränkt sich das Abgeordnetenhaus auf einzelne Änderungen oder auf Wiederherstellung früher gefasster Beschlüsse, so beginnt das parlamentarische Fingballspiel von vorn. Jedenfalls darf die Zeit bis zu den Entscheidungen nicht ungenutzt verstreichen, sondern die Wahlrechtsbewegung des entrechteten Volkes muß von neuem mit voller Kraft einsetzen um zu verhindern, daß diese Vorlage Gesetz werde.

Die Kommission des Herrenhauses hatte vier erhebliche Änderungen des Abgeordnetenhauses Entwurfes beschlossen, die Einfügung eines sogenannten Kulturträgerparagrafen und eine weitergehende Drittelung für größere Stimmbezirke. Als Kulturträger sollten Mitglieder des Reichstags, des preussischen Landtags, aller möglichen Landes-, Provinzial-, Kreis- und Stadtbehörden, sowie Mitglieder öffentlicher Kammern in die nächsthöhere Wählerklasse aufrücken. Die Drittelungsbezirke sollten in Orten von 10 000 bis 20 000 Einwohnern auf 1749—3499 Einwohner, in größeren Gemeinden auf 3500—5249 Einwohner bemessen werden. Endlich wurde die Maginierung der Steuerleistung von 10 000 bezw. 5000 M. auf 6000 bezw. 3000 M. ermäßigt, die aber nur für Staatseinkommensteuer gilt und alle kommunalen Steuerzuschläge sowie sonstige Steuern unberücksichtigt läßt, und die allgemeine Zulassung der Terminwahlen beschlossen. Abgelehnt hatte die Kommission schließlich den Antrag, daß nur eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Landtages eine Abänderung des Wahlrechtsgesetzes beschließen könnte.

Für die Plenarberatung des Herrenhauses hatte der Abg. Dr. v. Schorlemer (L.) einen noch weitergehenden Drittelungsantrag eingebracht, wonach Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern einen einzigen Drittelungsbezirk, Gemeinden über 10 000 bis 30 000 Einwohnern zwei Drittelungsbezirke bilden und in größeren Gemeinden für je bis zu 20 000 Einwohnern ein neuer Drittelungsbezirk gebildet werden sollte. Dieser Antrag bezweckte, den Freikonserverativen und einem Teil der Nationalliberalen die Zustimmung zu dem Wahlrechtentwurf zu erleichtern, für welche die Drittelungsbeschlüsse der blauschwarzen Mehrheit des Abgeordnetenhauses unannehmbar waren. Für den Antrag v. Schorlemer trat auch der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg nachdrücklich ein, und derselbe ward den auch fast einstimmig angenommen, obwohl der Zentrumsredner, Graf Oppersdorf, vor der Annahme dieses Antrages, der nichts anderes als eine Ausschaltung des Zentrums und eine

Aufhebung der jetzigen Parteikonstellation im Abgeordnetenhaus sei, warnte mit dem deutlichen Hinweis, daß dann „ein großer Aufwand von Arbeit unnütz vertan sei“. Der Kulturträgerparagraf wurde durch Annahme eines Antrages v. Wedel-Piesdorf erweitert, der die Rektoren öffentlicher mehrklassiger Schulen, die im Amt sind oder mindestens 10 Jahre lang im Amt waren, in die nächsthöhere Wählerklasse emporhebt. Im übrigen blieben die Kommissionsbeschlüsse unverändert. Mit 104 gegen 94 Stimmen (das Herrenhaus zählt zurzeit 317 Mitglieder) wurde schließlich die ganze Vorlage angenommen.

Die Beschlüsse des Herrenhauses haben die Situation völlig verändert. Die Parteikonstellation des Abgeordnetenhauses ist erschüttert und eine neue Mehrheitsbildung unter Ausschaltung des Zentrums nahegebracht. Nicht vom Zentrum hängt es ab, ob die Wahlrechtsvorlage Gesetz wird oder nicht, sondern von den Konservativen, denen die Freikonserverativen jetzt sicher sind und die nur weniger liberaler Abgeordneter zur Mehrheitsbildung bedürfen. Die Konservativen haben sich zu entscheiden, ob sie einen neuen allkonservativen Block bilden, also dem Zentrum die Bundesgenossenschaft aufkündigen — oder ob sie letzterem Treue halten wollen. Sie haben die Wahl zwischen zwei Majoritäten. Kalten sie an ihren früheren Beschlüssen fest, so stellt ihnen das Zentrum eine sichere und größere Majorität; akzeptieren sie die Beschlüsse des Herrenhauses, die ihren reaktionären Wünschen sicherlich weit mehr entsprechen, so kommt zur Not eine knappe Mehrheit mit den Gegnern des Zentrums zustande.

Ausgeschlossen dürfte wohl sein, was die Regierung herbeiwünscht, auf Grund der Herrenhausbeschlüsse einen konservativ-ultramontan-liberalen Großblock zu schaffen, der dem neuen Wahlgesetz eine ansehnliche Mehrheit verbürgt, denn gerade der Drittelungsbeschuß des Herrenhauses scheidet Zentrum und Liberalismus wie Feuer und Wasser. Was des Einen Brot, ist des Anderen Loh! Die Zentrumspreffe hat sich bereits beeilt, die Herrenhausbeschlüsse als „unannehmbar“ zu kennzeichnen und jede Verantwortung für das weitere Schicksal der Vorlage abzulehnen. Das Zentrum hat auch alle Ursache, sich jetzt, da es bei dem Wahlrechtsgeschäft seinen Vorteil nicht mehr findet, zurückzuziehen und die Verantwortung anderen zu überlassen. Es hat durch seinen schmählichen Wahlrechtsschacher die Enttäufung der Wählerschaft bereits mehr herausgefordert, als es verantworten kann und tut gut, sich rechtzeitig nach einem anderen Sündenbock umzusehen. So dürften ihm die Herrenhausbeschlüsse gar nicht unlegen kommen. Es wird sich begnügen, eine Reform gewollt zu haben, die an einflußreicheren, reaktionären Mächten scheiterte. Daß es trotzdem als Partei des Unterblocks und Wahlrechtsschachers gebrandmarkt bleibt, dafür werden alle ehrlichen Anhänger des Reichstagswahlrechts sorgen.

Nicht leicht wird die Entschließung für die Nationalliberalen sein, ob sie das Zentrum bei den Konservativen ausziehen sollen. Als Köder hat ihnen das Herrenhaus im Einverständnis mit der Regierung die Gemeindegliederung hingeworfen; auch der Kulturträgerparagraf befriedigt einige ihrer Wünsche. Dafür sollen sie die Verantwortung für Beibehaltung der Dreiklassenwahl, für das indirekte Wahlsystem und für die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner auf sich nehmen, Dinge, die ihnen bei der nächstjährigen Reichstagswahl so teuer zu stehen kommen können, daß sie im Reiche zehnfach verlieren, was sie in Preußen dem Zentrum vielleicht abnehmen können. Denn darüber sind sich die Nationalliberalen längst klar, daß sie ihren Wählern bei

weitem nicht bieten dürfen, was das Zentrum sich in seinem gefestigten Besitzstand erlauben darf. Die preussischen Erbsen sind also recht sauer für die Liberalen und haben zudem die unangenehme Eigenschaft eines sehr starken Abführmittels.

Was aber die Konservativen angeht, so haben diese eigentlich das allergeringste Interesse an dem Zustandekommen dieser Wahlreform. Nicht sie, — die Regierung hat diese Reform gewollt, — sie sind auch gar keine Anhänger des geheimen Wahlrechts, das sie dem Zentrum an Stelle des direkten konzipiert haben. Ihnen wäre am wohlsten, es käme gar nichts zustande und alles bliebe beim alten. Das ist zweifellos ihre Grundanschauung und was die Regierung nach dem Scheitern ihrer Vorlage anfängt oder nicht anfängt, das ist den ostelbischen Junkern höchst schnuppe. In diesem Sinne behandelt Herr v. Heydebrandt auch die Herrenhausbeschlüsse, die Herr v. Bethmann Hollweg herbeiführt hat. Er hält sie nicht für die geeignete Grundlage, ein Wahlgesetz zustandzubringen und scheint lieber auf letzteres, als auf seine neuen Blochbrüder, die ihm auch noch zu anderen Dingen nützen können, verzichten zu wollen.

Der einzige, der hinter den Herrenhausbeschlüssen steht, ist Herr v. Bethmann Hollweg, der Philosoph auf dem Ministerpräsidentenstuhl. Ihm genügt die blauschwarze Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht für seine „Reform“. Er wollte das unlösliche Problem eines schwarz-blau-gelben Blocks zwingen, um der preussischen Volksbewegung eine respektable bürgerliche kompakte Majorität entgegenzustellen. Er wollte Ruhe vor dem Volke haben. Der Lor vergaß, daß die Mumentammer des Herrenhauses am allerwenigsten geeignet ist, dem Lande ein Wahlgesetz zu geben, das Ruhe im Lande schafft. Schon rüden alle bürgerlichen Parteien von den Herrenhausbeschlüssen ab, die imstande sind, das Wahlrechtskompromiß des Abgeordnetenhauses zu zertrümmern. Jede Partei ist froh, von der Geschichte loszukommen, und der einzige Leidtragende bleibt Herr v. Bethmann Hollweg, der Steuermann des preussischen Staatsschiffes, der dank seiner staatsmännischen Befähigung das letztere zur willenlosen Beute der Parteidoggen werden ließ.

Besser keine Reform im gegenwärtigen Moment, als diese nach den Beschlüssen des preussischen Herrenhauses. — Das ist die Auffassung fast aller Parteien. Auch der Arbeiterklasse kann gar nichts daran gelegen sein, die preussische Regierung auf solche Weise von der Erfüllung des Königswortes zu entbinden. Denn nicht nur würde durch eine solche Scheinreform die Wahlrechtsbewegung auf Jahre hinaus lahmgelegt, — derjenige Faktor, dem allein das königliche Versprechen und die allgemeine Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes zu danken ist, — sondern die Arbeiterschaft Preußens würde auch noch der wenigen Vertreter beraubt, die sie unter dem gegenwärtigen Wahlsystem ins Abgeordnetenhaus senden konnte. Im Effekt wird also das Wahlrecht verschlechtert, die Entrechtung der weniger bemittelten Wählermassen verstärkt, das Volk im Parlament gänzlich mundtot gemacht. Deshalb kann es den Herrenhausbeschlüssen gegenüber nur eine Parole geben: Fort mit diesem Wahlrechts-Wescheßsalz! Lieber keine Reform in diesem Moment, sondern freie Bahn für die preussische Wahlrechtsbewegung!

Die Arbeitermassen dürfen aber ihre Zeit nicht verlieren, ohne den politischen Faktoren im Staate ihre Enttäufung über den Wahlrechtsverrat in unzweideutigster Weise bekundet zu haben und ihre Stimmen erneut für eine wirkliche Wahlreform zu erheben. Der Aufmarsch der

Massen, die gleiche Staatsbürgerrechte fordern, muß an Umfang und Geschlossenheit, an Ernst und einbringlicher Wirkung von Tag zu Tag zunehmen. Es muß der Regierung und den beiden Häusern des Landtages begreiflich machen, daß es so nicht länger geht und daß der gegenwärtige Rechtszustand auch durch die raffiniertesten Täuschungsversuche nicht aufrecht zu erhalten ist. Das preussische Volk darf nicht nachlassen, lauter das gleiche Staatsbürgerrecht für alle zu verlangen — es darf die Regierung und die herrschenden Klassen nicht zur Ruhe des Genießens kommen lassen. Wir wollen dann sehen, wer es am längsten aushält — um den Erfolg ist uns nicht bange! Das freie, gleiche Wahrecht für Preußen muß kommen — der Damm, der das preussische Volk von der Gesetzgebung abhalten soll, ist bereits unterwühlt. Die Hochflut der Volksbewegung wird mit ihm fertig werden.

25 Jahre Buchbinderorganisation.

Am 1. Mai, d. J. feierte der Buchbinderverband sein 25 jähriges Jubiläum. Er kann mit Recht von sich sagen, der jüngste und lebenskräftigste Sproß eines alten Stammes zu sein. Denn schon im zünftigen Buchbinderhandwerk war die Gesellenorganisation eine straffe und zählebige, die sich in einzelnen Fällen vom 16. Jahrhundert bis zum Jahre 1848 erhalten hat. In Berlin z. B. wich sie erst im genannten Jahre der „Gesellschaft vereinigter Buchbinder“, die als korporatives Mitglied der „Arbeiterverbrüderung“ angehörte, und die sieben, am 18. März 1848 auf den Barricaden gefallenen Buchbinder durch ein besonderes Gedenkblatt ehrte. Dann war einige Zeit Ruhe, weil 1850 sämtliche Arbeitervereine in Preußen aufgelöst wurden und neue sich lange Zeit nicht bilden durften.

Kaum regte es sich aber wieder unter dem Einfluß der sozialistischen Agitation in der deutschen Arbeiterwelt, da stellten auch wieder die Buchbinder Männer, die an die Gründung von Gewerkschaften herantraten. Als Frucht des 1868 unter der Ägide von v. Schweitzer und Frische in Berlin abgehaltenen „Allgemeinen Arbeiterkongresses“ entstand unter dem Präsidium von Hermann Peter, den auch Eduard Bernstein in seiner Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung ehrenvoll erwähnt, die „Arbeiterkammer der Buchbinder, Leberarbeiter, Sattler, Riemer, Sand-schuhmacher usw.“, der aber nur ein kümmerliches und kurzes Leben beschieden war. Ein bald darauf, im Jahre 1869 auf dem „Ersten Deutschen Buchbinder-Kongress“ gegründeter „Internationaler Verein für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige“ schien ja bessere Aussichten zu haben, ging aber unter den Einwirkungen des überquellenden Patriotismus, den der deutsch-französische Krieg auch bei der Masse der Arbeiter entfesselte, zugrunde. Auf soliderer Grundlage aufgebaut wurde dagegen der 1873 zu Nürnberg gegründete „Verband der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige“, den Delegierte der schon bestehenden Lokalvereine ins Leben riefen. Würde ihm nicht das Sozialistengesetz 1878 den Lebenssaft durchschnitten haben, so bestände er wohl heute noch, da er sich unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse ganz gut entwickelte, es zu 1000 Mitgliedern, einem schon seit 1873 bestehenden Organ und einem besoldeten Vor-sitzenden, der gleichzeitig Redakteur war, gebracht hätte.

Aber auch die bleierne Decke des Schand-gesetzes vermochte nicht das gewerkschaftliche Leben lange vollends zu unterdrücken. Schon im Februar 1880 wurde in Frankfurt a. M. die erste Heiserunterstützungs-kasse für Buchbinder und verwandte Berufe errichtet. Allerdings gemeinsam mit den Meißnern! Eine Erscheinung, die übrigens in mehreren Städten während der ersten Hälfte der achtziger Jahre zu verzeichnen war und die sich teils aus der begründeten Furcht vor polizeilichen Auflösungen, teils aus der damaligen handwerksmäßigen Struktur des Gewerbes in solchen Städten erklärt. Immer größer wurde die Zahl der Unterstützungsvereine, die 1882 einen Kartellvertrag zur gegenseitigen Unterstützung ihrer reisenden Mitglieder abschlossen, den sogenannten Kartellverband, dessen Spitze ein in Stuttgart domicilirender Ausschuß war. Dieser Ausschuß berief im Frühjahr 1885 einen „Kongress der Buchbinder usw.“ nach Offenbach a. M. ein,

hört wurde der Verband unter dem Namen „Unterstützungsverband der Vereine der Buchbinder usw.“ gegründet.

Der neue Verband, der am 1. Mai 1885 seine Tätigkeit mit 1569 Mitgliedern begann, hatte mancherlei Kämpfe, nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit den Behörden, auszufechten, die ihn wegen seiner Unterstützungs-einrichtungen gern zu einer Versicherungsgesellschaft stampeln wollten. Sein Massenbestand belief sich bei 26 ihm angehörenden Vereinen am Schlusse des Jahres 1885 auf 1840 M. Auf seinem Verbandstage in Altenburg 1891 wurde die Aufnahme der Arbeiterinnen, die bisher nicht beitragsberechtigt waren, beschlossen. Seine jetzige Form als Verband von Einzelmitgliedern gab ihm der 1893 in Frankfurt a. M. tagende Verbandstag. Vertreten waren auf dem Frankfurter Verbandstag 43 Vereine mit 2538 männlichen und 210 weiblichen Mitgliedern; das Vermögen des Verbandes belief sich auf 14 887 M. Wie man sieht, waren die Erfolge seit 1885 bescheiden zu nennen. Das änderte sich aber gewaltig, als 1896/97 in den drei Hauptstädten des Berufes: Berlin, Leipzig, Stuttgart und auch in vielen anderen Orten umfassende Lohnbewegungen stattfanden. Von da ab war die Entwicklung des Verbandes eine unaufhörlich aufsteigende, mit Ausnahme der Krisenjahre 1901/02, wo die Mitgliederzahl wieder zurückging. 1903 setzte der Aufstieg jedoch schon wieder ein und hat seitdem niemals aufgehört. Daran änderte auch die große Ausperrung nichts, die der Verband deutscher Buchbindermeister im Jahre 1906 unter Tarifbruch vornahm, angeblich wegen der „unerlaubten“ Meister der Buchbinder in Berlin, in Wirklichkeit aber, um dem Buchbinderverband ein „Tarifvertragsmuster“ aufzu-zwingen, das dem den Bauarbeitern jetzt vorgelegten nicht viel an „Schönheit“ nachgab. In dreizehntägigem Kampfe, während der toten Saison des Jahres, schlug der Verband diesen Versuch glänzend zurück; die Unternehmer mußten sich zum Schlusse der Ausperrung noch zu Lohn-erhöhungen bequemen. Allerdings wurde durch diesen Kampf die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt gegen 1905 von 16 787 auf 20 337 in 1906. So müssen den Gewerkschaften alle bösen An-schläge gegen sie zum Besten dienen.

In ungebrochener Kraft tritt der Verband in sein neues Vierteljahrhundert ein. Das Jahr 1909, das noch zum Teil unter dem Zeichen der Krise stand, brachte ihm ein Mehr von rund 1600 Mitgliedern, und die Zunahme von 1000 weiteren Mitgliedern im 1. Quartal 1910 deutet auf ein noch größeres Wachstum im Jubiläumsjahre hin. Rund 25 000 (darunter über 10 000 weibliche) Mitglieder gegenüber 2748 bei der Reorganisation des Verbandes im Jahre 1893 zeigen den organisatorischen Fortschritt. Fast unerschöpflich ist das Reservoir, das dem Ver-bande noch unter den ungelerten Berufsangehörigen, besonders in der Kartonnagen- und Luruspapierbranche zur Gewinnung weiterer Tausende offen steht, während die geleerten Arbeiter meist gut, ja in vielen Orten sogar vor-züglich — bis zu 95 Prozent — organisiert sind. Aber auch die ungelerten Berufsangehörigen erkennen immer mehr den Einfluß des Buchbinderverbandes auf die Gestaltung ihrer wirt-schaftlichen Lage an. Ist es ihm doch gelungen, bis zum Schlusse des Jahres 1909 82 geltende Tarifverträge für 1674 Betriebe mit 20 982 Beschäftigten abschließen zu können; hat er doch für Lohnbewegungen allein seit 1893 fast eine Million verausgabt von den über zwei Millionen, die ins-gesamt seit jener Zeit für Unterstützungen — Arbeitslosen-, Gemahrgeldern-, Kranken-, Um-zugs-, Rechtschutz- und Notfall-Unterstützung außer der Streikunterstützung — ausgezahlt wurden.

Mögen sich alle Wünsche und Hoffnungen er-füllen, die dem Buchbinderverbande beim Eintritt in das neue Vierteljahrhundert mit auf den Weg gegeben werden!

Pr. B.

Der Anfang der Ausperrung im Baugewerbe.

Jetzt ist das Kampffeld klar genug, um die Stellung der Parteien genauer zu erkennen. Von den Arbeiterverbänden liegen jetzt auch zuverlässige Angaben über die Zahl der aus-

gesperrten Arbeiter vor. Der erste Eindruck, den diese Zahlen hervorbringen müssen, ist der, daß die Ausperrung weit hinter den Voraussetzungen der Unternehmer zurückgeblieben ist. Man erinnere sich der Drohungen des Unternehmerbundes, 300 000 Arbeiter und mehr sollten auf die Straße kommen. Diese Millionen sind erledigt. Hier das Resultat der Ausperrung nach den Fest-stellungen der Arbeiterorganisationen.

Von den 1040 Zweigverbänden des Maurer-verbandes wurden in 529 mit 127 192 Mitgliedern 64 361 Mitglieder ausgesperrt. Von diesen sind abgereist oder in andere Arbeit getreten 6114, im Baugewerbe sind wieder in ein Arbeitsverhältnis getreten 7513, sodaß sich am 27. April 50 734 aus-gesperrte Verbandsmitglieder zur Kontrolle meldeten.

Vom Zimmererverband liegt ein ganz ab-schließendes Resultat noch nicht vor. Ausgesperrt ist in 423 Verbandszahlstellen, die zusammen 37 712 Verbandsmitglieder umfassen. Davon machten 391 Verbandszahlstellen, die zusammen 36 422 Verbandsmitglieder umfassen, die nähere Angabe, daß zusammen 21 560 Mann ausgesperrt seien. Stellen wir in Berücksichtigung dieses Umstandes für den Zimmererverband 22 500 Aus-gesperrte in Rechnung, dann haben wir damit reichlich hoch gegriffen.

Von den 403 Zweigvereinen des Bauhilfs-arbeiterverbandes wurden in 269 Zweigvereinen nach der Feststellung vom 25. April 23 983 Mitglieder ausgesperrt, 43 651 Mitglieder stehen noch in Arbeit. Außerdem sind ca. 5500 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt, die in anderen Ver-bänden Mitglieder sind. Vom Verbands der christlichen Bauarbeiter wurden insgesamt 13 224 Mitglieder ausgesperrt. Danach hätte also der Unternehmerverband insgesamt 129 568 Mitglieder der Gewerkschaften aus der Arbeit bringen können. Zieht man aber die Zahl der durch den Eintritt in ein anderes Arbeitsverhältnis aus den Listen gestrichenen Arbeiter davon ab, so bleiben nur noch 115 941 Ausgesperrte übrig.

Diese Zahl wird nun natürlich fortbauern den Schwankungen unterworfen sein. Von den Aus-gesperrten werden noch manche andertwärts in Arbeit treten, und andererseits werden durch die Wirkungen der Materialsperrre neue Ausgesperrte hinzukommen. Es wäre heute müßig, zu unter-suchen, ob der Zugang oder der Abgang stärker sein wird. Worauf es ankommt, ist, daß der Um-fang der Ausperrung weit hinter den Er-wartungen der Unternehmer zurückgeblieben ist. Noch vor wenigen Tagen ließ der Arbeitgeber-bund verbreiten, von der Ausperrung seien allein 186 000 Maurer und Zimmerer (also ohne Hilfs-arbeiter) betroffen. Aus der ganzen Aufmachung jener Nachricht war zu ersehen, daß es sich dabei um ganz willkürliche Schätzungen handelte. Schließlich kann es den Arbeitern wenigstens gleichgültig sein, wenn sich die Leitung des Arbeitgeberbundes in dem Wahne wiegt, die Ausperrung habe wirklich jenen Umfang ange-nommen; sie täuscht sich dann wieder einmal über die wirkliche Lage, wie sie es schon so oft getan hat.

Diese Feststellungen werden dem Arbeit-geberbunde natürlich sehr unangenehm sein. Er hat den schwankenden Unternehmern immer vor-gerebet, die Ausperrung würde so groß werden, daß die ganze Geschichte in wenigen Wochen mit der Niederlage der Arbeiter beendet sein würde. Viele Unternehmer haben sich nur im Vertrauen auf einen solchen Ausgang an der Ausperrung beteiligt. Nach diesen Zahlen dürfte es auch dem Einsichtlosesten klar werden, daß solche Hoff-nungen eitel sind. Nach den Verheißungen des Arbeitgeberbundes sollte der Kampf in sechs Wochen zu Ende sein. Jetzt ist man aber auch dort schon etwas beschiedener geworden und rechnet mit der Möglichkeit einer längeren Dauer. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß sich der Kampf sehr in die Länge ziehen wird. Die Bau-arbeiterkammer braucht sich davor nicht zu fürchten. Ihre Organisationen sind gut fundiert und ihr Opfermut ist groß. Ebenso glänzend aber wird sich die opferwillige Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterkammer bei den eingeleiteten Sammlungen bewähren. Die Arbeiterkammer aller Berufe weiß, wie wichtig es für sie ist, diesen Vorstoß des Scharfmachertums abzuschlagen. Sie wird darum das Ihrige tun, um der Bauarbeiter-kammer den Sieg zu sichern.